Morgen-Ausgabe
No. 157 — 59. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Zweites Beiblatt
Sonntag, 2. April 1911

Ende der zweiten Lesung des Etats im Reichstage.

(Schluß der 161. Sitzung vom 1. April.)

Etat der Zölle und Steuern.

Die Abg. **Gräfe** (Rp.) und **Wallenborn** (Zentr.) sprechen für die Resolutionen über Einfuhrzölle für Pflastersteine, ebenso Abg. **Vogel** (Natl.).

Abg. Graf **Kanitz** (Kons.): Es wäre von großem Wert, wenn man erfahren könnte, ob die Herren Freisinnigen wirklich Neigung haben, zum Schutzzolle überzugehen oder nicht. Draußen bei den Wahlen wird immer davon gesprochen, besonders von nationalliberaler Seite. Der Redner spricht gleichfalls für den Pflastersteinzoll. Die schwedischen Delegierten sind seit Monaten in Berlin, ohne daß die Verhandlungen vom Fleck kommen; da ist es von Wert, daß über die Auffassung des Reichstags kein Zweifel besteht. Ich wünsche den schwedischen Handelsvertrag und trete deshalb dafür ein, daß nicht eine Position hineinkommt, die den Handelsvertrag nachher hier im Reichstag gefährdet.

Die Abgg. **Lehmann** (Soz.), **Stolle** (Soz.) und Dr. **Dahlem** (Zentr.) führen Beschwerde über eine Anwendung der Bestimmungen des Branntweinsteuergesetzes zuungunsten der kleinen Brenner.

Abg. **Varenhorst** (Rp.) tritt für Vereinheitlichung der Zollverwaltung in den Bundesstaaten ein und fragt an, ob eine Novelle zum Zündwarensteuergesetz beabsichtigt sei.

Abg. **Marx** (Zentr.) spricht ebenfalls für Pflastersteinzölle und fordert erweiterten Zollschutz für die Nitritindustrie.

Abg. **Siebenbürger** (Kons.): Fürchten Sie nicht, daß auch ich mit Steinschmerzen komme. (Heiterkeit.) Der Redner spricht über Zollhinterziehungen bei der Einfuhr stark mehlhaltiger Kleie.

Die Aussprache über die Zölle schließt. Die drei Pflastersteinresolutionen werden angenommen.

Bei der Branntweinsteuer wendet sich Unterstaatssekretär **Kühn** gegen die sozialdemokratische Behauptung, daß die Interessen der kleinen Brenner absichtlich benachteiligt würden.

Bei der Brausteuer führt Abg. **Will** (Zentr.-Els.) Beschwerde über die Höhe der Uebergangsabgabe, die für Elsaß-Lothringen zu drückend sei.

Abg. **Speck** (Zentr.): Der Vorredner hat nicht im Namen der Zentrumsfraktion gesprochen. (Hört, hört!) Ich bin um so mehr erstaunt über seine Ausnahmestellung, als jetzt gerade Elsaß-Lothringen mit dem übrigen Reiche gleichgestellt werden will.

Abg. Dr. **Pachnicke** (Fortschr. Vp.): Das kam aus bayerischem Herzen. (Zuruf: Bierherzen! Heiterkeit.) Norddeutschland sollte ebenso gestellt werden, wie Süddeutschland.

Abg. **Gothein** (Fortschr. Vp.): Gleiches Recht für alle! Die Bayern haben alle Ursache, mit der Uebergangsabgabe zufrieden zu sein.

Bei der Reichsstempelabgabe wird über die Resolution Graf Westarp verhandelt über die

Talonsteuer von ausländischen Wertpapieren.

Abg. **Speck** (Zentr.) erklärt seine Zustimmung.

Abg. Graf **Westarp** (Kons.) begründet die Resolution. Die Banken senden jetzt den zu erneuernden Talon an einen ausländischen Bankier, der sich den erneuerten Zinsschein stempelfrei zusendeln läßt und an die deutsche Bank zurücksendet. Bei der Geringfügigkeit der Talonsteuer werde die von ihm beantragte Maßnahme nicht bewirken, daß die Inhaber der Effekten ihre Zinsscheine im Auslande werden liegen lassen. Dem Staatssekretär aber werden fünf neue Millionen ganz dienlich sein. Die bisherige Bevorzugung der ausländischen Papiere muß beseitigt werden.

Staatssekretär **Wermuth:** Auf die Frage, ob eine Aenderung des Gesetzes angezeigt ist, will ich mich, angesichts der sehr schwerwiegenden wirtschaftlichen Interessen, die von beiden Seiten geltend gemacht werden, nicht einlassen, sondern nur erklären, daß nach meiner Ansicht eine Aenderung der Ausführungsbestimmungen nicht gut am Platze ist. Der Staatssekretär bemerkt auf eine Anregung, daß dem Buchmacherwesen die ernsteste Aufmerksamkeit zugewendet werde.

Abg. **Kaempf** (Fortschr. Vp.) spricht gegen die Resolution. Sie würde die deutschen Papiere ins Ausland treiben. Schon jetzt bemühen sich die ausländischen Bankiers um die deutsche Kundschaft.

Abg. Dr. **Heckscher** (Fortschr. Vp.): Mit dem Buchmacherwesen wird es erst dann besser werden, wenn der Staat auf den Totalisator verzichtet. Die schmachvolle Art des Wettens ist schon zu einer Volksgefahr geworden. Wie menschenentwürdigend war das Sechstagerennen. Der Sport ist verpöbelt. Um diese ekelhaften Nebenerscheinungen des Sports sollte sich Herr v. Jagow mehr kümmern, als um die Freie Volksbühne.

Abg. **Ortel** (Natl.) spricht gegen die Resolution Westarp.

Abg. **v. Bieberstein** (Kons.): Den Unfug und die Auswüchse beim Buchmacherwesen erkenne auch ich an. Den Totalisator brauchen wir im Interesse der Landespferdezucht. Die Uebelstände würden auch nach Abschaffung des Totalisators nicht verschwinden.

Die Resolution Westarp wird gegen die Linke angenommen.

Als Ersatz der Zuwachssteuer

sind 13 Millionen Mark eingesetzt.

Abg. Dr. **Neumann-Hofer** (Fortschr. Vp.) hält diese Schätzung für viel zu niedrig.

Staatssekretär **Wermuth:** Heute tritt die Zuwachssteuer in Kraft. Da ich den ganzen Tag hier tätig war, habe ich noch keine Erfahrungen über ihre Wirkung sammeln können. (Heiterkeit.) Die Schätzung für das erste Jahr beruht auf Mutmaßungen. Ob es gerade dreizehn Millionen sein werden, weiß ich wirklich nicht, aber zu gering wird die Schätzung nicht ausfallen.

Bei der Erbschaftssteuer führt Abg. **Lehmann**-Jena (bei keiner Partei) Beschwerde über zu hohe Steuereinschätzung in Weimar. Diese Zwistigkeiten zeigen, wohin die Reise mit der Erbschaftssteuer geht.

Abg. **Gothein** (Fortschr. Vp.): Das gehört in den weimarischen Landtag. Herr Lehmann gehört zum Bund der Landwirte, der früher über die Erbschaftssteuer anders dachte als jetzt. Der Redner fordert die Befreiung der Tuberkulosegesellschaften von der Schenkungssteuer. Wie steht es mit den

Schenkungen der Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte

an den Bund? Ist dafür Schenkungssteuer gezahlt? Im Jahre 1909 wurden zum Beispiel 170 000 Mark geschenkt. Das sind doch keine Kleinigkeiten. Freilich die Verkaufsstelle ist ja in einer glänzenden Affäre.

Schatzsekretär **Wermuth:** Tatsächlich gehört die Beschwerde des Herrn Lehmann vor die Landesinstanzen. Der von Gothein erwähnte Fall ist eine reine Staatsfrage. Lag es in der Absicht der Parteien, eine Gegenleistung hervorzurufen, so würde eine steuerpflichtige Schenkung nicht vorliegen. Ich will mich bis zur dritten Lesung informieren.

Abg. **Gothein** (Fortschr. Vp.): Allerdings wird als Gegenleistung der Verkaufsstelle angegeben: Unterstützung des Bundes der Landwirte. Das geht natürlich zu weit.

Abg. **v. Bieberstein** (Kons.): Wir werden bei der dritten Lesung auf die Sache zurückkommen.

Abg. **Giesberts** (Zentr.) fordert eine Statistik über die Höhe der Steuern überhaupt und pro Kopf.

Der Etat für das Reichsschatzamt.

Hierzu liegen drei Resolutionen vor über die Zulassung ausländischer Wertpapiere. Eine Resolution Graf **Kanitz** (Kons.) verlangt die möglichst baldige Vorlage einer Börsennovelle und Errichtung einer für alle deutschen Börsen zuständigen Zentralzulassungsstelle.

Diese Resolution soll erst nach Ostern verhandelt werden. Eine Resolution der Nationalliberalen fordert in einem Nachtragsetat die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Fortführung der Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter. Die Sozialdemokraten wollen hierfür eine Million einstellen und weitere 400 000 Mark zur

Unterstützung arbeitsloser Zündwarenarbeiter.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Der nationalliberalen Resolution stimmen wir zu. Die sozialdemokratischen Anträge haben nur agitatorischen Zweck. Der Zündwarenindustrie könnte man durch Kontingentierung helfen.

Schatzsekretär **Wermuth:** Die Zündholzindustrie muß für Einheitlichkeit sorgen. Die entlassenen Zündholzarbeiter haben andere lohnendere Beschäftigung gefunden. Eine kleine Herabsetzung des Kontingents mit Verlängerung der Kontingentszeit sind wir geneigt, beim Reichstage einzubringen, weiter können wir nicht gehen. Für die Tabakarbeiter waren vier Millionen von vornherein vorgesehen, dreiviertel Millionen hat der Reichstag dazu bewilligt. Ich habe noch weitere zwei Millionen aus dem Dispositionsfonds verwendet; mehr auszugeben, wäre unberechtigt. Wir haben Vertreter der Tabakindustrie zugezogen, und sie waren mit der Art der Entschädigung einverstanden. In besonderen Fällen wollen wir gern helfen, aber ein ganz neuer Aufguß wäre verfehlt und auch undurchführbar.

Abg. Dr. **Quarck** (Natl.): Es herrscht wirklich Not unter den Tabakarbeitern; wenn in einigen Gegenden die Verhältnisse wieder normal sind, so ist die Not an anderer Stelle um so größer.

Die Abgg. **Geyer** (Soz.) und **Brey** (Soz.) sprechen für die sozialdemokratische, die Abgg. Dr. **Heckscher** (Fortschr. Vp.) und **Schmidt**-Altenburg (Rp.) für die nationalliberale Resolution, Abg. **v. Richthofen** (Kons.) gegen alle.

Die Resolution der Nationalliberalen wird angenommen, die der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Etat des Reichsschatzamts wird erledigt, ebenso der der Reichsschuld, und der ganze Etat in zweiter Lesung.

Montag: Dritte Lesung des Etats.

Fischereiberechtigungen und Wegeordnung im Abgeordnetenhause.

(Schluß der 61. Sitzung vom 1. April.)

Gesetzentwurf über die Fischereiberechtigungen.

Abg. **Weissermel** (Kons.) erkennt die Notwendigkeit der Regelung der Fischereiberechtigungen an und beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. **Dinslage** (Zentr.), **Schwabach** (Natl.), **Lüdicke** (Freik.) und Dr. **Schepp** (Fortschr. Vp.) schließen sich dem an.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs einer Wegeordnung für Ostpreußen.

Unterstaatssekretär **v. Coels van der Brügghen:** Es soll ein modernes Wegerecht für Ostpreußen geschaffen werden auf der Grundlage des kommunalen Prinzips und anlehnend an die Wegerechte für Sachsen, Westpreußen und Posen. Insbesondere sollen die Wegebaulasten zu öffentlich rechtlichen gemacht werden unter Ablösung der Nebenverpflichtungen. Die Hoheitsrechte des Staates sollen aufrecht erhalten, dagegen die übrigen Observanzen und Gewohnheitsrechte auf dem Gebiete der Wegerechte beseitigt werden.

Abg. **Braemer** (Kons.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. **Ecker-Winsen** (Natl.) begrüßt den Entwurf, der allerdings manche Bestimmungen enthalte, die, über den Rahmen eines Provinzialgesetzes hinausgehen und die für die ganze Monarchie geregelt werden sollten.

Abg. Dr. **Schepp** (Fortschr. Vp.) stimmt der Vorlage zu und bemängelt, daß in sieben Provinzen

noch keine einheitliche Wegeordnung besteht.

Unterstaatssekretär Freiherr **v. Coels van der Brügghen** stellt ein neues Wahlrecht für Rheinland und Westfalen in Aussicht. Ein einheitliches Wegerecht für die ganze Monarchie sei aber nicht beabsichtigt.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffs Abänderung des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 1898.

Minister **v. Breitenbach** erläutert die Vorlage. Diese soll die Rechtsverhältnisse zwischen der Eisenbahnverwaltung und den Anliegern neu regeln. Bisher sei nicht genügend Gelegenheit zur Geltendmachung öffentlicher und privater Interessen gegeben, da der Eisenbahnminister bei Differenzen als oberste Instanz entscheide. Jetzt soll nun der Bezirksausschuß bei solchen Differenzen gutachtlich gehört werden.

Abg. Dr. **Busse** (Kons.) stimmt der Vorlage im Prinzip zu.

Abg. **Fleußner** (Zentr.) hat Bedenken, daß der Bezirksausschuß sich nur gutachtlich äußern solle.

Abg. **Schwabach** (Natl.) hat Bedenken gegen die Zuziehung der Bezirksausschüsse. Immerhin sei der Entwurf eine brauchbare Grundlage.

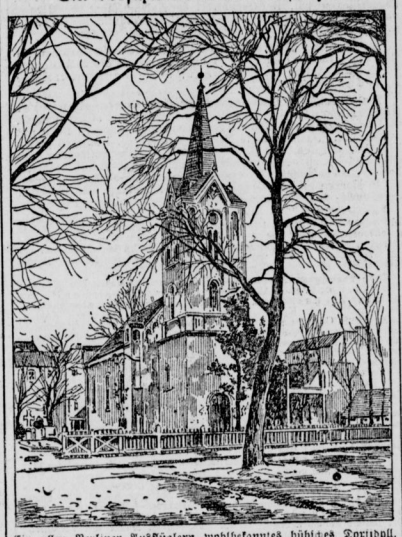
Abg. **Brütt** (Freik.) wünscht eine nähere Präzisierung der Befugnisse des Bezirksausschusses.

Abg. **Büchtemann** (Fortschr. Vp.) verlangt eine Einschränkung der Omnipotenz des Eisenbahnministers.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr: Rest der heutigen Tagesordnung; kleine Vorlagen und Petitionen.

Ein verschwindendes Dorfidyll.



Ein allen Berliner Ausflüglern wohlbekanntes hübsches Dorfidyll, das unser Bild zeigt, verschwindet jetzt. Die auf der alten Dorfaue in Tegel stehende Kirche ist dem Abbruch verfallen, mit dem in der abgelaufenen Woche begonnen worden ist.

Die neue Handschriftensammlung der Berliner Kriminalpolizei.

So lautete das Thema, über das Kriminalkommissar Dr. Schneicker, der Begründer und Leiter dieser Sammlung, vor den Hörern des dritten Kriminalpolizeilichen Fortbildungskursus einen Vortrag hielt. — Die polizeiliche Handschriftensammlung, nach modernen Grundsätzen geordnet, ist ein wichtiges Hilfsmittel des polizeilichen Erkennungsdienstes, das sich zwar nicht wie die Anthropometrie und Daktyloskopie auf alle Arten von Verbrechern, sondern vielmehr nur auf den Kreis der schreibenden Verbrecher erstreckt, deren Zahl aber Legion ist. Solche Handschriftensammlungen sind bisher sehr vernachlässigt gewesen und infolgedessen auch für entbehrlich gehalten worden. Sie waren weder systematisch, noch nach wissenschaftlichen Grundsätzen, sondern lediglich chronologisch, alphabetisch und nach Verbrecherkategorien geordnet. An eine Einteilung nach graphischen Merkmalen hat man nicht gedacht. Heute muß man nicht nur von der Zweckmäßigkeit, sondern auch von der Notwendigkeit polizeilicher Handschriftensammlungen überzeugt sein, wenn man sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß bei der Kriminalpolizei Berlin jährlich durchschnittlich 3000 anonyme Anzeigen einlaufen, von denen ein großer Teil Verleumdungen und falsche Anschuldigungen enthalten. — Wenn wir die Eigenschaften einer Handschrift danach unterscheiden, ob sie allgemein oder nur im Einzelfalle zum Vorschein kommen, so werden wir die allgemeinen Merkmale zur Grundeinteilung, die speziellen Merkmale zu Untergruppierungen der Schriftproben wählen. Man hat unter Berücksichtigung der Bindungsform oder des Schriftduktus, des Bindungsgrades, das heißt ob die Schriftzüge häufig oder selten unterbrochen werden, sowie der Schriftzeichenform, das heißt ob die Buchstaben einfach oder verschnörkelt sind, 54 Hauptgruppen aufgestellt. Hierzu kommen noch weitere Schriftmerkmale wie Schriftgröße, Schriftweite, Schriftstärke, Schriftwinkel und Schriftarten, die weiteren Einteilungen zugrunde gelegt werden können.

Um Originalschriftstücke, die niemals durch Diktatschriftproben oder photographische Kopien ersetzt werden können, für ihre Handschriftensammlung zu gewinnen, hat die Berliner Kriminalpolizei mit der Oberstaatsanwaltschaft am Kammergericht ein Ueberein kommen getroffen, wonach die Staatsanwaltschaften der drei hiesigen Landgerichte nach Abschluß des jeweiligen Gerichtsverfahrens die Schriftstücke der Sammlung gegen Quittung übersenden. Andererseits sind auch die Dezernenten der Kriminalpolizei angewiesen worden, der Handschriftensammlung den Einlauf geeigneter Originalschriftstücke anzuzeigen. Diese Schriften werden in einer Handschriftenkartothek genau registriert und zwar zunächst nach den sechs Hauptdeliktsgruppen in Urkundenfälscher, Betrüger, Erpresser Diebe, Sittlichkeitsverbrecher und Verleumder. Durch kleine eingeklebte Blechschildchen oder bewegliche Signale — sogenannte Reiter —, die oben an den Karten festgeklemmt sind, wird neben der Klasseneinteilung je nach der Farbe der Reiter angezeigt, ob der Verbrecher kleine oder große, enge oder weite, dünne oder dicke Schrift und ob er schräg oder steil schreibt. Manche Mängel, die noch hin und wieder auftauchen, werden im Laufe der Zeit, wenn die Erfahrung erst größer ist, verschwinden. Eingeführt ist diese Handschriftenkartothek bei den Polizeibehörden in Berlin, Dresden und München und wird in der nächsten Zeit auch bei anderen großstädtischen Polizeiverwaltungen Aufnahme finden.

Ein Franzose über den Marstall des deutschen Kaisers.

In einer Pariser Zeitschrift berichtet der Graf Comminges, ein bekannter französischer Sportsman, über einen Besuch im Marstall des deutschen Kaisers. Der königliche Marstall in Berlin enthält, so beginnt der Graf Comminges, 204 Wagenpferde und 97 Reitpferde, 600 Wagen und an 1000 Geschirre. Der Dienst ist für Menschen und Pferde ziemlich hart, denn etwa 50 Wagen sind täglich im Gebrauch und jeder Kutscher hat seine zwei Pferde zu pflegen und Wagen und Geschirr selbst zu putzen. Größte Ordnung und genaueste Kontrolle herrschen. Das Budget des Marstalles, das der Graf Comminges noch auf Friedrich den Großen zurückführen zu müssen glaubt, ist ziemlich knapp bemessen. Er schreibt: „Alles ist geräumig, einfach, hell, sehr sauber. Nirgends aber bemerkt man eine verfeinerte Eleganz". Da stehen die Automobile des Kaisers, ungefähr dreißig an der Zahl, die für den Gebrauch der kaiserlichen Familie bestimmten dunkelblauen und die rotbraunen Wagen des Gefolges (deren Farbe der Franzose häßlich findet), Schlitten in allen Größen, die gelbe Reisekutsche Friedrich Wilhelms III, die Kaleche, in der Wilhelm I. 1866 und 1870 von Sieg zu Sieg fuhr, prunkvolle Galakarossen, an denen der silbergestickte Kutschersbock-Behang allein 3000 Mark kostet, Jagd-, Gepäck- und Küchenwagen, sowie die eigentümlichen Wägelchen, deren der Kaiser sich in Norwegen bedient.

Sehr hübsch findet Graf Comminges die Reitbahn des Marstalls. Die Trophäen aus Stuck über ihren monumentalen Eingängen erregten, wie er gehört hat, anfangs das Mißfallen des Kaisers. Er wollte sie durch ritterliche Wahrzeichen aus Marmor ersetzen, verzichtete aber auf diesen Wunsch, als die Kaiserin vom Architekten vernommen hatte, daß die Aenderung die Kleinigkeit von 30 000 Mark kosten würde.

Die deutschen Pferde des Marstalls sind dem Grafen Comminges etwas zu schwerfällig und temperamentlos, doch leugnet er nicht, daß sie sich gerade deshalb für ihren Dienst gut eignen. Von den Lieblingspferden des Kaisers erwähnt er den gewichtigen Grauschimmel „Oranier", auf dem der Monarch hinter dem Sarge des Königs Eduard VII. ritt, den „einem Zirkuspferde ähnlichen" ungarischen Schecken „Harlekin" und einen mächtigen, „sehr dekorativen Rappen, auf dem der Kaiser die Paraden abzunehmen pflegt."

In den Ställen des Neuen Palais bei Potsdam sind die Pferde untergebracht, die der Kaiser, die Kaiserin und die junge Prinzeß Viktoria Luise auf Spazierritten benutzen. Auch die Isabellen-Ponys, die der türkische Sultan dem Kaiser einst schenkte, sieht man hier. Der Graf Comminges faßt sein Urteil schließlich dahin zusammen, daß man im Marstall des deutschen Kaisers nichts Schlechtes, nichts Geschmackloses, aber auch „nichts Sensationelles" findet. Aber muß der Marstall unter allen Umständen diesen Umfang haben?